

Lokal-Anzeiger.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Zunahme der Betriebskosten. — Lohnerhöhungen. —
Vereinfachung des Kartensystems.

Die beiden hauptstädtischen Verkehrsunternehmungen, die Budapester Straßenbahngesellschaft und die Elektrische Stadtbahngesellschaft haben an den hauptstädtischen Magistrat und an den Handelsminister Eingaben gerichtet, in denen sie mit Rücksicht auf ihre erhöhten Betriebskosten um die Erhöhung ihrer Tarife ansuchen.

In der Eingabe an den Handelsminister weist die Straßenbahngesellschaft darauf hin, daß die auf ihren Linien einzuhaltenden Tarife in dem mit der Hauptstadt im Jahre 1895 zustande gekommenen Vertrag festgestellt wurden und diese Tarife seit 22 Jahren nur insofern eine Aenderung erfahren haben, daß die Gesellschaft verschiedene Begünstigungen und Fahrpreisermäßigungen bewilligte, während die Arbeitslöhne, die Baukosten und die Materialpreise sich fortwährend und in großem Maße vertheuert haben. Diese Mehrausgaben betragen seit Kriegsbeginn mehrere hundert Prozent, außerdem wurden neue Steuern und andere öffentliche Abgaben eingeführt. Die Produzenten haben den Preis ihrer Produkte erhöht und die Mehrausgaben auf das Publikum überwältigt. Dasselbe haben auch die Hauptbahnen und die Lokalbahnen gethan und nur die Straßenbahnen sind es, welche auch heute noch die vor dem Kriege, also unter ganz anderen Lebensverhältnissen festgesetzten Tarife einheben.

Die Mehrausgaben der Gesellschaft zerfallen in drei Gruppen. Die Materialpreise weisen folgende Erhöhung auf: Kohle um fast 100, Holz um 500—600, Öl und Schmierstoffe, Uniformen und andere Textilwaaren um durchschnittlich 1000, Farben und chemische Artikel um 1500—2000 Prozent; Brennholz ist von 2.50 auf 9, Gußeisen von 20 auf 90, Papier von 42 auf 245 K. gestiegen. Hierzu kommt noch der Umstand, daß die Materialien von minderer Qualität sind, was einen gesteigerten Verbrauch zur Folge hat. Die dem Personal freiwillig gebotenen Begünstigungen — Lebensmittel, Schuhe, Heizmaterial, Kriegszulagen, Lohnerhöhungen, Uebersunden, Unterstützung der Familien der Eingekückten — erheischen ungefähr dreieinhalb Millionen jährlich. Die Bescherdekommissionen haben bisher Lohnerhöhungen im Betrage von ungefähr zweieinhalb Millionen jährlich festgestellt, trotzdem erhebt das Verkehrspersonal immer neuere Forderungen, deren Erfüllung einen neuerlichen Kostenaufwand von drei Millionen bedeuten würde.

Es ist wohl wahr, daß während des Krieges auch die Einnahmen, vom Jahre 1914 abgesehen, sich stufenweise vermehrt haben. Von den Bruttomehereinnahmen müssen in erster Reihe der Hauptstadt für Territoriumbenützung 16 Prozent abgeliefert werden, der Rest dient nicht nur zur Deckung der angeführten und sonstigen Mehrausgaben, hievon müssen auch die in Folge des Krieges hinausgeschobenen Instandhaltung- und Betriebsarbeiten und Neuanschaffungen bestritten werden. Hierbei kommt auch der Umstand in Betracht, daß die zurückgestellten Arbeiten Jahre hindurch nur zu erhöhten Preisen durchgeführt werden können und man auch mit neuen Steuern und anderen öffentlichen Leistungen rechnen müsse, deren Umfang heute nicht einmal annähernd angegeben werden kann. Es sei fraglich, ob die in Folge der außerordentlichen Verhältnisse eingetretenen Mehreinnahmen auch nach dem Kriege vorhanden sein werden, dagegen sei es gewiß, daß der überwiegende Theil der Mehrausgaben sich stabilisiren wird.

In Anbetracht all dieser Thatsachen richtet die Gesellschaft an den Minister das Ersuchen, die im Jahre 1895 festgesetzten Tarife einer Revi-